

---

## Kommentar: Neue Hoffnung für den Verbrenner

Von Hans-Robert Richarz, cen

Noch bis vor wenigen Wochen verfuhr die Hardcore-Stromfraktion in Politik, Automobilindustrie und Verbänden nach der Devise „Du sollst keine fremden Götter neben dem Elektroantrieb haben“. Den Verbrennungsmotor – egal welchen Treibstoff er auch aus seinem Tank schlürfen würde – wünschten sie zur Hölle, das klimapolitisch erwünschte Heil sei ihrem Wunsch zufolge ausschließlich und allein im elektrischen Antrieb per Akkubetrieb und Strom aus der Steckdose zu suchen. Nur so wäre umweltfreundliche und grüne Mobilität möglich. VW-Chef Herbert Diess beharrte sogar öffentlich darauf, dass sich die Politik über Alternativen gar nicht erst ihre Gedanken machen dürfe.

Alternativen gar nicht erst ihre Gedanken machen dürfe. Die ewig Gestrigen zum Beispiel bei Bündnis 90/Die Grünen oder der Deutschen Umwelthilfe (DUH) halten allerdings immer noch an ihrem Dogma fest. So warnte noch drei Tage vor Pfingsten die DUH vor „kontraproduktiven Kaufanreizen für Pkw mit Verbrennungsmotor beziehungsweise Plug-in-Hybriden“.

Ins gleiche Horn blies Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter drei Tage später und lehnte ebenfalls eine Kaufprämie für Autos mit Diesel- und Benzinmotor ab. Dabei handelte er sich jedoch umgehend harschen Protest von seinem Parteifreund Winfried Kretschmann, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, ein. „Man kann eine Branche nicht hochziehen, wenn man nur einen kleinen Teil ihrer Produkte fördert. Im ersten Quartal haben Elektroautos gerade mal 3,9 Prozent ausgemacht“, gab er in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe zu Bedenken. Nichtsdestotrotz beeilte sich Norbert Walter-Borjans, einer der beiden SPD-Chefs, die Hofreiter-Parole nachzuplappern.

Dass die Produktion von Batterien die Umwelt über Gebühr schädigt und dadurch ebenfalls die Schuld am Klimawandel trägt, spielt offensichtlich keine Rolle. Doch heimlich still und leise kündigt sich neuerdings eine Renaissance für den Verbrennungsmotor an – und zwar gefördert von ganz oben.

In einem Statement des Verbands der Automobilindustrie (VDA) ist inzwischen zu lesen: „Es besteht im VDA große Einigkeit darüber, dass wir die Dekarbonisierung des Individualverkehrs langfristig nur schaffen, wenn wir alle verfügbaren Technologien zur Anwendung bringen: Elektrifizierung der Fahrzeugflotten; mittel- und langfristig die Brennstoffzellentechnologie, insbesondere im Bereich der schweren Lkw; weitere Optimierung des Verbrennungsmotors und die Anwendung von erneuerbaren Kraftstoffen wie synthetischen Kraftstoffen und Wasserstoff.“

Den jüngsten Anstoß dazu machte zu Pfingsten Bundesbildungsministerin Anja Karliczek von der CDU. Sie hatte bereits vor der Corona-Krise in einem Interview mit der Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ gesagt: „Bei der Nationalen Wasserstoffstrategie sollten wir grün, global und groß denken.“ Jetzt wiederholte sie so wie Kretschmann in den Zeitungen der Funke-Mediengruppe ihre Forderung und verkündete dort „mit einer milliardenschweren Innovationsoffensive zu Deutschland einem ‚Cape Canaveral des Wasserstoffs‘ aufbauen“ zu wollen. Dazu sollten Standards in der Erforschung, Entwicklung und Herstellung des alternativen Kraftstoffs gesetzt werden.

Wörtlich heißt es, dass bis 2025 eine Innovationsoffensive „Wasserstoffrepublik Deutschland“ mit milliardenschwerer Unterstützung des Staates umgesetzt werden solle. „Wir wollen Weltmeister auf dem Gebiet des Grünen Wasserstoffs werden. Wir wollen in

---

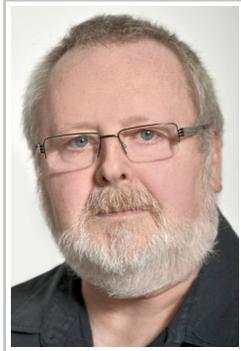
Deutschland die Technologien erforschen, entwickeln und herstellen, die weltweit Standards setzen und das Potenzial haben für neue Exportschlager „Made in Germany“, bekräftigte die Ministerin. Sie stellte in Aussicht, dass die Bundesregierung die Nationale Wasserstoffstrategie in Kürze verabschieden werde. Bundesfinanzminister Olaf Scholz zähle den Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur zu den möglichen Maßnahmen in der Corona-Krise.

Inzwischen ist zwar das Thema „Wasserstoff“ als Tagesordnungspunkt bei der nächsten Kabinettsitzung verschwunden, doch schon haben die Chefs des Verbands der Maschinen- und Anlagenbauer (VDMA), des Deutschen Wasserstoff- und Brennstoffzellen-Verbandes (DWV) und des Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches (DVGW) per Brief bei Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) und Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) dagegen Protest eingelegt.

Es tut sich also was, und aufgeschoben bedeutet ja zum Glück nicht aufgehoben.  
(ampnet/hrr)

---

## Bilder zum Artikel



Hans-Robert Richarz.

Foto: Auto-Medienportal.Net